

Nachrichten aus Brüssel

@greens87 – stock.adobe.com

Ursula von der Leyen stellt designierte EU-Kommission vor

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat Mitte September in Straßburg die designierten 26 Mitglieder der neuen EU-Kommission vorgestellt. Die künftige EU-Kommission soll mit elf Frauen und 16 Männern besetzt sein.

Bei der Vorstellung unterstrich sie, dass das gesamte Kommissionskollegium in erster Linie der Wettbewerbsfähigkeit verpflichtet sei. Mit den Personalvorschlägen wurden „Mission Letters“ vorgestellt, in denen von der Leyen die inhaltlichen Schwerpunkte und konkrete Zielsetzungen für die einzelnen Portfolios für die nun beginnende Amtszeit beschreibt. Für das Ressort Gesundheit soll der Ungar Olivér Várhelyi, bisheriger EU-Kommissar für Nachbarschaft und Erweiterung, zuständig sein.

Die Reaktionen auf die Vorstellung des neuen Kollegiums waren geteilt. Erhebliche Einzelkritik gab es am designierten Gesundheitskommissar Várhelyi, dem einerseits die Nähe zum umstrittenen ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán und andererseits Verfehlungen als bisheriger EU-Kommissar vorgeworfen werden. Darüber hinaus wird seine fehlende gesundheitspolitische Expertise als problematisch angesehen. In den kommenden Wochen müssen sich die 26 designierten Kommissarinnen und Kommissare den Anhörungen im Europäischen Parlament stellen. Ziel von der Leyens ist es, dass die neue EU-Kommission am 1. Dezember 2024 ihre Arbeit aufnehmen kann.

Draghi-Bericht zur Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit

Der ehemalige italienische Ministerpräsident und frühere Chef der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, hat in Brüssel seinen Bericht über die Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit vorgestellt. Der Bericht war vor einem Jahr von der EU-Kommission in Auftrag gegeben worden.

Aus Sicht des Italiener hat die EU im Vergleich mit den beiden weltweit stärksten Wettbewerbern, den USA und China, in den vergangenen Jahrzehnten massiv an Boden verloren. Hauptgründe

für das schlechte Abschneiden der EU sind laut Draghi vor allem fehlende öffentliche und private Investitionen, eine zu langsam voranschreitende Digitalisierung sowie ein lähmendes und vor allem komplexes regulatorisches System mit übermäßig starken bürokratischen Vorgaben. Verschärft wird die Situation durch einen wachsenden Fachkräftemangel und die gestiegenen Energiepreise infolge des russischen Angriffes auf die Ukraine. Insbesondere bei der Digitalisierung und den durch das Internet ausgelösten digitalen Entwicklungen, die ein besonderes Wachstumspotenzial haben, habe die EU im Vergleich zu den USA den Anschluss verpasst.

Um dieser negativen Entwicklung zu begegnen, empfiehlt Draghi Reformschritte in „historischem Ausmaß“. So sollen die EU-Industriepolitik viel besser koordiniert, die Entscheidungswege auf der EU-Ebene beschleunigt, Bürokratie abgebaut und zusätzliche Investitionen in Höhe von 750 bis 800 Milliarden Euro pro Jahr auf den Weg gebracht werden. Zudem soll die EU sich auf wesentliche Aufgaben und die dringendsten Probleme konzentrieren. Die alte und neue Präsidentin der EU-Kommission Ursula von der Leyen kündigte in einer ersten Reaktion auf den Bericht an, die Politik der EU in den kommenden Jahren entlang der Draghi-Empfehlungen auszurichten.

Medizinprodukte: Wo herrscht der Mangel?

Angesichts der massiven Kritik am geltenden EU-Rechtsrahmen für Medizinprodukte (MDR) hat die EU-Kommission eine Studie in Auftrag gegeben, um aufzuzeigen, in welchen Bereichen aktuell Mangel an Medizinprodukten herrscht und inwiefern dies auf die Vorgaben der MDR zurückzuführen ist, die 2017 verabschiedet wurde. Im Rahmen dieser Studie werden gezielt Angehörige der Gesundheitsberufe und Gesundheitseinrichtungen in den EU-Mitgliedsstaaten angesprochen, um zu ermitteln, in welchen Bereichen Medizinprodukte nicht mehr verfügbar sind. Von den Ergebnissen der Studie wird abhängen, ob die EU-Kommission den geltenden Rechtsrahmen überarbeiten wird oder nicht.

*Dr. Alfred Büttner
Leiter des Brüsseler Büros der BZÄK*